

## **(Kurzfassung)**

### **Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt**

5 *Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig*

10 Markt und Wettbewerb sind für Grüne weder Selbstzweck noch  
Dogma. Eingebettet in einen sozialen und ökologischen  
Ordnungsrahmen können funktionierende Märkte ein effizientes  
Mittel sein, grüne Ziele zu erreichen. Sich selbst überlassen sind die  
15 Marktkräfte jedoch oft eine Triebfeder für Umweltzerstörung,  
Ausbeutung und Ressourcenverschwendung. Die drängenden  
Probleme unserer Zeit - vom Klimawandel über die  
Massenarbeitslosigkeit bis hin zur globalen Armut - sind auch  
Ergebnis von Marktversagen. Grüne Marktwirtschaft braucht  
20 deshalb einen nationalen und internationalen Rahmen, der den am  
Markt tätigen Unternehmen Grenzen zieht, Wettbewerb durchsetzt  
und für sozialen Ausgleich sorgt.

Grüne Wirtschaftspolitik ist mehr als grün buchstabierte  
Unternehmens- und Mittelstands-, Wettbewerbs- und  
25 Arbeitsmarktpolitik. Sie ist Teil eines ganzheitlichen  
Politikentwurfes, der den Zielen ökologischer Nachhaltigkeit,  
sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigter gesellschaftlicher  
Teilhabe und internationaler Solidarität verpflichtet ist. Der Erfolg  
grüner Wirtschaftspolitik misst sich maßgeblich daran, inwieweit  
30 sie diesen Zielen gerecht wird.

### **Grün wird der Markt nicht von allein**

Die globale Erwärmung ist das größte Marktversagen, das die Welt  
35 je gesehen hat. Der Stern-Report der britischen Regierung und der  
jüngste Klimabericht des IPCC haben eine grüne Erkenntnis bis

weit in die Mitte unserer Gesellschaft getragen: Gegen die Umwelt lässt sich auf Dauer kein Gewinn erzielen. Unsere Wirtschaft steht vor einem Scheideweg. Entweder die Marktwirtschaft wird grün  
40 oder sie hat keine Zukunft.

Grüne haben von Anfang an auch die großen Chancen erkannt, die sich aus dem ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft ergeben - Chancen für wirtschaftliche Innovation, nachhaltiges  
45 Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Die Ökologisierung der Wirtschaft kommt aber nicht von allein. Ökologischer Fortschritt musste von der Politik immer schon gegen den kurzsichtigen Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen  
50 durchgesetzt werden. Das war so beim Katalysator und beim Atomausstieg. Das ist auch heute nicht anders, allen rhetorischen Bekenntnissen der Wirtschaft zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz zum Trotz. Der Streit um strengere CO<sub>2</sub>-Ausstoßgrenzen für Pkw hat das in aller Deutlichkeit gezeigt. Statt ehrgeizige  
55 Verbrauchswerte als Ansporn zur Entwicklung sparsamer Autos für den Weltmarkt zu begreifen, kämpfen DaimlerChrysler, Volkswagen und BMW verbissen gegen Verbrauchsobergrenzen, deren Einhaltung sie zuvor selbst zugesagt hatten. Nicht nur in diesem Fall haben sich freiwillige Selbstverpflichtungen der  
60 Industrie, die keine Sanktionen für den Fall des Scheiterns enthalten, als leere Versprechungen erwiesen. An die Stelle unverbindlicher *gentlemen's agreements* müssen daher wieder verstärkt ordnungsrechtliche Vorgaben treten.

## 65 **Nur soziale Marktwirtschaft ist grün**

Die soziale Marktwirtschaft steckt in einer tiefen Vertrauenskrise. Nur noch ein Viertel der Deutschen ist überzeugt, in einer sozialen Wirtschaftsordnung zu leben. Angesichts von Massenentlastungen  
70 bei Unternehmen, die Rekordgewinne verbuchen, und explodierender Vorstandsgehälter in Unternehmen, die Stellen abbauen, verwundert das nicht. Eine Steuerpolitik, bei der die

Masse der Steuerpflichtigen etwa über die Mehrwertsteuer  
Milliardenentlastungen für Unternehmen und Spitzenverdiener  
75 bezahlt, verschärft die soziale Malaise. Und die Mängel der  
Arbeitsmarktreformen haben bis tief in die Mittelschicht  
Abstiegsängste ausgelöst. Deshalb muss grüne Wirtschaftspolitik  
soziale Gerechtigkeit neu in den Mittelpunkt rücken.

80 Grüne Marktwirtschaft ist immer auch soziale Marktwirtschaft. Sie  
geht von dem Grundsatz aus, dass wirtschaftlicher Fortschritt allen  
zugute kommen muss und nicht nur einigen wenigen. Deshalb  
gehört zum Kern grüner Marktwirtschaft neben Zugangschancen zu  
Arbeit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe auch die gerechte  
85 Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands – und zwar für beide  
Geschlechter!.

Ein vorrangiges Ziel grüner Wirtschaftspolitik muss es sein, endlich  
Existenz sichernde Mindestlöhne durchzusetzen. Eine Million  
90 Menschen bezieht Arbeitslosengeld II trotz Berufstätigkeit, darunter  
570.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Tarifverträge  
und Arbeitsrecht bieten schon lange keinen wirksamen Schutz mehr  
gegen Lohndumping. Angesichts der dramatischen beschleunigten  
Ausbreitung von Armutslöhnen setzen wir uns für einen  
95 bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn nach britischem Vorbild  
ein. Branchen- und regionalspezifische Differenzierungen können  
nur oberhalb einer solchen Mindestabsicherung erfolgen.

Bei unserer Debatte um Grundsicherung und Grundeinkommen.  
100 geht es um das soziale Bürgerrecht, auch in einer Situation der  
materiellen Abhängigkeit selbstbestimmt und angstfrei leben zu  
können. Ziel muss eine Leistung sein, die Arbeitslose entsprechend  
ihrer Motivation und Fähigkeiten fördert und das sozio-kulturelle  
Existenzminimum oberhalb des bisherigen Niveaus sicherstellt.  
105 Vorschläge für ein Grundeinkommen von 600 € wie sie aus dem  
Hamburger Weltwirtschaftsinstitut kommen, sind hingegen eine  
soziale Provokation. Im Vergleich zu Modellen wie diesem, die auf  
eine Absenkung des Leistungsniveaus und einen Kombilohn für

Besserverdienende hinauslaufen, halten wir eine bedarfsorientierte  
110 Grundsicherung immer noch für die sicherere und  
menschwürdigere Existenzsicherung.

## 115 **Global gerecht handeln**

Weder Abschottung noch Freihandelsideologie können als  
Richtschnur für eine gerechte Entwicklung der Weltwirtschaft  
dienen. Fallen Handelsschranken bevor ein zuverlässiger  
120 Ordnungsrahmen geschaffen wurde, geraten die Schwächsten unter  
die Räder. Dass in den 80er Jahren in der Sahelzone trotz kritischer  
Ernährungslage überwiegend Viehfutter für Europa angebaut  
wurde, ist ein Beispiel dafür. Die arme Bevölkerungsmehrheit in  
Mali konnte mit ihrer schwachen Kaufkraft nicht mit den  
125 europäischen Mätern konkurrieren. Unsere Schweine fraßen das  
Brot der Armen.

Den Entwicklungsländern ist das Recht zuzugestehen, die eigene  
Landwirtschaft vor der Zerstörung durch Dumping-Einfuhren zu  
130 bewahren oder die sich noch im Aufbau befindende Industrie vor  
übermächtiger Konkurrenz zu schützen. Marktradikale  
Patentrezepte, wie sie von der WTO und den internationalen  
Finanzinstitutionen zum Teil immer noch vertreten werden, haben  
in vielen Entwicklungsländern zu katastrophalen Ergebnissen  
135 geführt und das Elend der Armen vergrößert.

Der Globalisierung der Märkte wollen wir ökologische und soziale  
Leitplanken geben. Bisher sind nur der UN-Sicherheitsrat und die  
WTO mit effektiven Sanktionsmechanismen ausgestattet.  
140 Institutionen, die für die ökologische und soziale Dimension der  
Globalisierung sorgen sollen, sind demgegenüber schwach. Deshalb  
wollen wir den Weltwirtschafts- und Sozialrat der UN aufwerten  
und eine starke und eigenständige internationale  
Umweltorganisation schaffen.

145

Gerade auf den internationalen Finanzmärkten besteht die Gefahr, dass die unsichtbare Hand des Marktes Chaos schafft. Wir brauchen deshalb eine sichtbare Hand, die Märkte leitet und verhindert, dass sie entgleisen.

150

### **Demokratie macht vor dem Markt nicht halt**

Es gibt Aufgaben, die zu wichtig sind, um sie der Fürsorge gewinnorientierter Unternehmen zu überlassen: Bildung und  
155 Kultur, das Gesundheitswesen, innere Sicherheit und Daseinsfürsorge sind öffentliche Güter, für deren Bereitstellung der Staat Verantwortung übernehmen muss. Das gilt auch für die Weltmeere, die Atmosphäre und die biologische Vielfalt. Sie brauchen Schutz vor Zerstörung  
160 durch wirtschaftliche Interessensgruppen, damit diese globalen öffentlichen Güter allen Menschen zugute kommen.

Grüne Marktwirtschaft unterliegt dem Primat der Politik.  
165 Demokratisch legitimiert, kann und muss sie den Einzelinteressen der Marktakteure die Belange des Gemeinwohls gegenüberstellen. Dem neoliberalen Trugschluss, es sei ein Gewinn an Freiheit, an die Stelle demokratischer Gesetze das Diktat der Marktzwänge zu setzen, folgen wir nicht.

170

Menschenrechte und Gleichberechtigung beanspruchen auch gegenüber Marktgesetzen und Privatautonomie Gültigkeit. Ein umfassender Diskriminierungsschutz ist für uns deshalb ebenso selbstverständlich wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.  
175 Deutschland weist jedoch mit die höchsten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in der EU auf. Und in den Vorständen der Dax-30-Unternehmen findet sich keine einzige Frau. Darum brauchen wir ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sowie eine Quotierung der Aufsichtsräte  
180 nach norwegischem Vorbild.

Die dominierende Marktstellung der vier großen deutschen Energieversorger garantiert ihnen Milliardenprofite zulasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Dem wollen wir durch die  
185 eigentumsrechtliche Trennung von Stromnetzen und Kraftwerken begegnen. Außerdem gibt grüne Wirtschaftspolitik VerbraucherInnen effektive Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen an die Hand wie kollektive Klagerechte und Verfahren zur Abschöpfung unrechtmäßiger Unternehmensgewinne.

190 Nachhaltigkeit und sozialer Fortschritt, Verbraucherschutz und Gerechtigkeit sind die Ziele grüner Wirtschaftspolitik. Grüne Wirtschaftspolitik braucht einen nüchternen und realistischen Blick auf die Chancen und Grenzen marktförmiger Prozesse. Mehr aus  
195 dem Markt zu machen – dieser politischen Aufgabe wollen wir uns stellen.